

Aus für heimliche Vaterschaftstests

03.01.2005 - 12:30 Uhr

Hamburg (ots) -

Heimliche Vaterschaftstests sollen in Zukunft strafrechtlich verfolgt werden. Diese Neuregelung kündigte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) in einem Gespräch mit der Zeitschrift BRIGITTE (Erscheinungstermin 3. Januar 2005) über ihre familienpolitisch relevanten Gesetzesvorhaben im Jahr 2005 an. Bestraft werden sollen jene Männer, die ohne schriftliche Einwilligung der betroffenen Frauen (und Kinder) genetische Spuren testen lassen, ebenso Labors, die solche Untersuchungen vornehmen.

Zypries zeigte sich empört über das florierende Geschäft mit dem Zweifel vieler Männer an ihrer Vaterschaft. Sie finde es "unglaublich", so die Ministerin weiter "dass Labors sogar in der U-Bahn werben, man solle anonym genetische Spuren einschicken. Dabei handelt es sich um einen schweren Eingriff in die Intimsphäre." Das Verbot wird Teil des geplanten Gendiagnostikgesetzes sein. Bei einem Verstoß soll nach Vorstellung von Brigitte Zypries eine Geld- oder Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr drohen.

Ihr sei bewusst, erklärte Zypries, dass das Gesetz umgangen werden könne, da die Tests in zahlreichen europäischen Nachbarländern erlaubt sind. Sie wolle sich deshalb für eine europäische Regelung einsetzen. Gleichzeitig sei es wichtig, in Deutschland eine öffentliche Diskussion über das Problem anzustoßen und zu fragen, "warum Männer den Frauen so massiv misstrauen", dass sie heimliche Tests machen lassen.

Diese Meldung ist mit Quellenangabe zur Veröffentlichung frei.

Originaltext: Brigitte, Gruner + Jahr

Digitale Pressemappe: http://presseportal.de/story.htx?firmaid=6788

Pressemappe via RSS: feed://presseportal.de/rss/pm_6788.rss2

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Menyesch Public Relations Frauke Annuss Katharinenstr. 30 20457 Hamburg

Tel.: 040-36 98 63-14 / Fax: 040-36 98 63-10

E-Mail: annuss@m-pr.de